

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 490. Freitag, 19. Oktober 1906. Jahrgang 190.

Zweite Ausgabe

Freitag, 19. Oktober 1906.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipziger Str. 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1732. Eing. Nr. Braubaustr.
Ergänzung: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Zwei und vierzig von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 19. Oktober.

Das Reich und die Reichsfeinde.

Mit großem Behagen gliedert der sozialdemokratische „Vorwärts“ neuerdings folgende Stellen aus des Fürsten Erbprinz Hohenzollerns Denkwürdigkeiten:

Rechnung ist die Annahme des Königs Wilhelm gegen die Kaiseridee. Er laßt sich nur schwer dafür entschließen, mit feiner Bergangenheit und den preussischen Traditionen zu brechen. Nur die Erwägung, dadurch die militärische Einheit zu fördern und das konservative Prinzip zu stärken, konnte ihn damit überzeugen. Er kam in seinen vertrauten Gesprächen immer wieder darauf, daß ihm die Annahme des Reiches „entsetzlich“ sei. Der Kronprinz ist dafür. Die bayerischen Minister scheinen die Konzeptionen, welche sie erhalten haben, durch das Zugeständnis erstaut zu haben, daß sie den König von Bayern zum Abschluß der Annahme des Reiches bewegen würden.

Sachsen hat noch immer den Hinterrücken, auf den alten Bund zurückzuführen, der Kronprinz von Sachsen ist antipreußischer als je. Seine Ernennung zum Armeekommandanten ist er als ein ihm zukommendes Recht an und Danke kaum. Weimar steht unter diesem Einfluß, verhält sich anfangs der Kaiseridee gegenüber kühl, sprach von Wahlkapitulation, scheint sich aber später mit dem Gedanken auseinandergesetzt zu haben. Prinz Otto ist vom König wieder beurlaubt worden. Der König wollte ihn hören, und Otto hat nun hier gegen die Kaiseridee, gegen Meise und alles gesagt. Der König soll, als die Königin ihn sprechen wollte, ihr haben gehen lassen. „Ich bin nicht in der Stimmung, eine preussische Prinzessin zu sehen.“

So langsam man hier zwischen Wollen und Nichtwollen, zwischen Nachsicht und einem Familienhitz, und schließlich unterwirft man sich aus Furcht.

Berlin, 8. Dezember 1870.

Neuere abend begehnte ich Roggenbach, der eben von Versailles kommt, um im Reichstage die Annahme der Verträge zu wirken. Er sagt, er lese gar nicht, was in den Verträgen steht. Man müsse jetzt den Moment ergreifen, da man nie wieder einen König von Bayern finden werde, der wegen Jahrsabmengen die Kaiserkrone annehme!

Das Ende 1870 unter den deutschen Fürsten noch nicht jedes partikulärrechtliche Mißtrauen überwunden war, mußte man schon, lange bevor „Onkel Chlodwig's“ Denkwürdigkeiten veröffentlicht waren. Wenn aber das sozialdemokratische Zentralorgan zu den obigen Zitaten bemerkt:

„Man sieht, die deutschen Fürsten, den König von Preußen und König von Bayern eingeschlossen, sind an der Schaffung der Reichsidee recht unglücklich. Wilhelm der „Große“ ließ sich die Kaiserkrone schließlich nur aufzwingen, weil er sich einbildete, dadurch das preussische Legitimitätsprinzip in ganz Deutschland zu höherer Ehre und Geltung bringen zu können; Ludwig II. ließ sich von Bismarck zur Unterzeichnung seines fälschlichen Briefes überreden, weil er glaubte, gerade dadurch seine Souveränität mit dem Absterben der Kaiseridee bewahren zu können, wie es nach 1866 Hannover, Kurhessen usw. erlitt hat!“

Es soll damit lediglich jenes nummehr gottlob längst überwindene Mißtrauen wieder neu entzündet werden. Aber dieses unseiner Verfahren des sozialdemokratischen Missetates würde auch dann sicherlich gründliches Mißtrauen erlösen, wenn seine Bemerkungen allen beteiligten Fürsten zu Gesicht kämen. Wenn übrigens der „Vorwärts“ in seiner schändlichen Art in der Einleitung zu seinen Betrachtungen meint, „das glorreiche Deutsche Reich sei durch den Schacher der deutschen Fürsten zustande gekommen“, so verrät diese Mißtrauensweise einen Tiefstand der politischen Moral, wie er eben nur in der sozialdemokratischen Presse zu finden ist. Immerhin bietet die Art, mit der die sozialdemokratischen Reichsfeinde den ihnen willkommenen Stoff bearbeiten, einen neuen Beweis, ein wie schlechter Dienst durch die Veröffentlichung der Hohenzollernschen Denkwürdigkeiten den deutschen Bundesfürsten, dem Reich und dem Reichsgedanken geleistet worden ist.

Uebrigens ist es seitens des Fürsten Hohenzollern im höchsten Maße würdevoll, den König Albert von Sachsen, den „getreuen Erben des Deutschen Reiches“, ohne die Spur irgend eines Beweises der Breiheitslosigkeit zu geben. Sachsen hat im Jahre 1870 Freischnoers den Hinterrücken gebildet, auf den Norddeutschen Bund zurückzukommen, um vermittelnd der damalige Kronprinz Albert. Schon im Jahre 1849 hat der damalige König Albert in einem mehrfach veröffentlichten Briefe seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Deutschland nicht unter Preußens Führung gehen dürfe, und Sachsen sich an Preußen anschließen müsse. Nach dem Kriege 1866 hat besonders Kronprinz Albert mit besonderem Eifer an der Ueberführung in die neuen Verhältnisse teilgenommen. Alles, was er tat und sprach, bewies, daß er mit Herz und Hand bei dem neuen Bunde war. Ob er seine Ernennung zum Armeekommandanten als ein ihm zukommendes Recht angesehen hat, wissen wir nicht; jedenfalls war er tatsächlich der berufenste; denn Generalfeldmarschall Graf Moltke hat mehr als einmal bemerkt, daß Kronprinz Albert einer der bestbegünstigten Generäle, ja, der einzigen gewesen sei, der keine Fehler gemacht habe. Worauf sich die Bemerkung bezieht, daß er kaum gedankt haben soll, wissen wir nicht. Wer aber den nachherigen König Albert kennt,

wird vermuten müssen, daß es sich auch hier um einen groben, ganz unverzeihlichen Irrtum handelt.

Einen andern auffälligen Irrtum der famosen „Memoiren“ bestet die „Drit. Ztg.“ folgendermaßen auf. Untern 18. März 1894 schrieb Hohenzollern u. a. in sein Tagebuch:

Der Tisch lag ich neben dem Kaiser. Ich fragte ihn, ob es richtig sei, daß er dem Oberzeremonienmeister Kanitz habe sagen lassen, daß er entweder den Dienst verlassen oder für den Vertrag (den Handelsvertrag mit Rußland) stimmen solle, was er energisch bejahte.

Der „Oberzeremonienmeister Kanitz“ hat, so bemerkt hierzu die oben zitierte Zeitung, dem Reichstage nicht an gehört, er konnte also weder für noch gegen den Handelsvertrag mit Rußland stimmen. Der Kaiser konnte also nicht auch gesagt haben, daß er ihm habe sagen lassen, er solle entweder den Dienst verlassen oder für den Handelsvertrag stimmen. Wahrscheinlich liegt eine Verwechslung mit dem bekannten Abgeordneten Grafen Kanitz vor. Aber auch die Annahme dieser Verwechslung ist ausgeschlossen. Der Abgeordnete Graf Kanitz war allerdings Kammerherr, ist aber auch heute noch, obwohl er gegen den russischen Handelsvertrag gestimmt hat, Kammerherr Seiner Majestät des Königs. Solche handgreifliche Irrtümer werfen auf die sogenannten „Denkwürdigkeiten“ ein bescheidendes Licht.

„Aus Anlaß des Geburtstages weiland Kaiser Friedrich erschien gestern die Kaiserin in Begleitung des Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise im Zoooleum zu Potsdam. Die letztere legte einen Strauß von weißen Chrysanthenen am Sarkophag nieder. Später traf Prinz Oskar ein, der ebenfalls einen Strauß Chrysanthenen, Weiden und Rosen niederlegte. Nachmittags legte Prinz Eitel Friedrich im Auftrage des Kaisers am Sarkophag einen Kranz nieder, welcher mit einer Aulafschleife, die die Initialen des Kaisers Friedrich trug, nieder.“

Der Kaiser in Bonn. Seine Majestät der Kaiser fuhr Donnerstag mittags 1/2 Uhr mit Gefolge im Automobil auf die rechte Rheinseite nach Akenberg zur Besichtigung des bergischen Domes und kehrte am Abend 5/4 Uhr über Bensberg nach Bonn zurück. Abends 8 Uhr fand im Palais Schaumburg Tafel statt.

Feldzeugmeister Graf Graf, der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, welcher am Sonnabend sein 60jähriges Militärjubiläum feiert, wird am nächsten Montag in Berlin eintreffen, um Kaiser Wilhelm für die Ernennung zum Inhaber des preussischen Infanterieregiments von Courbière Nr. 19 persönlich seinen Dank abzugeben. Für seinen Berliner Aufenthalt sind mehrere Tage im Aussicht genommen. Von Berlin aus wird sich Graf Graf zur Besichtigung seines Regiments nach Göttingen begeben. Der Generalstabchef wird auf dieser Reise von seinem persönlichen Adjutanten, Major Schamischka, begleitet sein.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Tschirschky ist Donnerstag nachmittag mit seiner Gemahlin in Rom eingetroffen und in der deutschen Botschaft abgesehen.

Obensachsenzeitung. Der „Karlruher Zeitung“ zufolge verließ der Großherzog dem Generaladjutanten Seiner Majestät des Kaisers und Chef des Militärstabes Grafen v. Hülsen-Haeseler das Großherzogtum des Oberst Verthaler des Geflie.

Die deutschen Reichstagsabgeordneten haben am 17. c. ihre Studien in Japan beendet. Unter anderem wurden nach unterirdischen Entgegenkommen des japanischen Kriegs- und des Marine-Ministers Armer- und Marineeinrichtungen besichtigt. Die Abgeordneten sind von der allseitig freundlichen Aufnahme hochbetrieibt und beglückwünscht als den Glanzpunkt der Reise.

Der Bundesrat überdies in seiner Plenarsitzung am 18. c. die Vorlage betr. den Entwurf eines Gesetzes über die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 dem zuständigen Ausschusse.

Landtagsersatzwahl. Bei der am 18. c. stattgehabten Landtagsersatzwahl im Wahlkreis 12 (Mühlberg, Neuz, Gredensbroich, Krefeld-Land) erhielt der Kandidat des Centrums, Oberlandtagsgerichtsrat Wilhelm Marx 439 Stimmen und Landtagsrat Brühlmann 18 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Der braunschweigische Landtag verhandelte gestern nach Schluß der öffentlichen Sitzung in vertraulicher Besprechung über die Vorlage betr. die künftige Gestaltung der Regentensukzessionsverhältnisse im Herzogtum. Ein Teil der Abgeordneten soll, wie die „Magdeburger Ztg.“ schreibt, gegen die Vorlage sein und im Interesse des Hauses Cumberland dafür eintreten, daß noch weitere Schritte beim Bundesrat unternommen werden. Man erwartet deshalb für die öffentliche Berührung der Vorlage am nächsten Dienstag lebhaft Erörterungen.

Ein Sinken der Zerkelpreise. Im auffallendem Gegenfatz zu der energischen Agitation, welche in den Städten und auch von einzelnen Magistraten zwecks Deffnung der Grenzen veranlaßt wird, um der Fleischartsteuer abzuhelfen, steht eine Nachricht, die eine Korrespondenz aus Kurich bringt. Danach hat dort die Schweinezucht in den

letzten Jahren eine bedeutende Zunahme erfahren; namentlich die kleinen Kolonien in den Moorbezirken Ostfrieslands dehnen die Aufzucht von Ferkeln noch immer mehr aus, und heute kommen alljährlich Tausende von Schweinen nach den Industriemittelpunkten des Rheinlandes zum Verkauf. Auf den Märkten soll jetzt bedeutender Ueberflus von Ferkeln sein, weshalb auch die Zerkelpreise jäährgelassen sind. Während noch vor wenigen Wochen bis zu 22 Mk. für das Stüd gezahlt wurden, ist der Preis jetzt auf 7-8 Mk. heruntergegangen.

Aus dem Kolonialamt. Von der Meldung, daß die Ernennung des Geheimrats Dr. Seitz zum Gouverneur von Kamerun rückgängig gemacht worden sei und der Geheimrat Legationsrat Dr. Gleim zum Gouverneur von Kamerun ernannt werden soll, ist im Kolonialamt nichts bekannt.

Ueber die Verhältnisse in Marokko wird den „N. N.“ von einem deutschen Kenner des Landes geschrieben: Es muß stark bezweifelt werden, daß zwischen England, Frankreich und Spanien Verhandlungen stattgefunden haben, die den Bau einer Panamakanal-Schiffahrt zwischen Marokko und Spanien in so nahe Aussicht stellen, daß die erforderlichen Kredite bereits im nächsten spanischen Etat eingekesselt werden. Wenn auch nicht die Gewährung des „Daily Telegraph“, so wird doch sicher die spanische Regierung sich über die ungeheuren Schwierigkeiten klar sein, die gerade dieses Projekt darbietet. Denn die Bahn würde durch die unzugänglichen und wilden Gebiete von Marokko durchzuführen; der Sultan würde seine Einwilligung sicher nicht geben, und die spanische Regierung würde sich über die ungeheuren Kosten im Voraus klar sein. Sollte dieses Projekt also von Spanien allen Entzuges geplant sein, so würden blutige Kämpfe die notwendige Folge sein. Hierbei dürfte sich Spanien völlig klar sein.

Zum kommt sonderbarerweise gleichzeitig aus sudanesischer Quelle die Nachricht, daß in Süd-Marokko der heilige Krieg vorbereitet werde. Sollte das nicht zu denken geben? Gerade die Provinz Draa ist das Zentrum der großafrikanischen Kolonialpartei. Jede Nachricht, die von dort kommt, muß von vornherein als verächtlich und tendenziös aufgefaßt werden. Deswegen ist die Nachricht von Vorbereitungen zum heiligen Krieg kaum ernst zu nehmen. Viel näher scheint die Annahme zu liegen, daß die französische Kolonialpartei nach einem Vorwand sucht, die Frankreich übertragene Grenzpolizei nunmehr durchzuführen, das heißt: die Grenzgebiete in seine Gewalt zu bringen. Nimmt man hierzu die Nachricht von der geplanten spanischen Eisenbahn, so scheint die Vermutung begründet zu sein, daß das englisch-französisch-spanische Marokko-Abkommen nunmehr praktisch durchgeführt werden soll.

Die Ereignisse in Marokko. Die Nachrichten über die Ereignisse in Marokko sind auf die Finger zu sehen und aufzuweisen, daß die Vereinbarungen der Aggicras-Spanien eingestanden werden.

Die Ereignisse in Marokko.

Das Urteil wegen der Uebergabe des „Jedow“. Auf die Vernehmung des Marine-Kriegsgerichts für die in der Gelegenheit der Uebergabe des Torpedobootes „Jedow“ verurteilten Offiziere ist die Anordnung ergangen, die festgesetzten Strafen für die Kapitäne Baranow und Clapier de Colongue in Auslieferung aus dem Dienst und für Oberst Filippow und Leutnant Leontiew in Verabschiedung umzuwandeln.

Die Verfügung Stolypin wegen der Universität Wladkau. Der Stadthauptmann von Wladkau erhielt am Donnerstag folgende Verfügung des Ministerräsidenten Stolypin:

Durch den Bericht der Abordnung der Wladkau-Universität und Ihren Bericht über die gegenwärtige Lage der Universität genau informiert, habe ich es für möglich gehalten, die Ueberprüfung der Universität auf Grund der vom Professorat ausgearbeiteten Statuten auszulassen und die Polizeipatrouillen sofort von der Universität zu entfernen im Vertrauen auf die moralische Autorität des Professoratkollegiums und darauf, daß dieses imstande sein wird, die Jugend zu überzeugen, daß der Professorat der Wladkau ihrer Interessen ist. Ich bin überzeugt, daß der Professorat es verhindern wird, daß die Studentenverammlungen zu Konspirationen werden, und daß es dadurch eine Einmischung der Behörden unnötig macht. Sollten jedoch trotzdem die Studentenverammlungen eine öffentliche Ordnung bedrohenden Charakter annehmen und die Universität zu verwerflichen Taten benutzt werden, so liegt es der Polizeibehörde ob, dem sofort energisch ein Ende zu machen.

In der Reformkommission zur Agrarfrage ist nach einer aus Mittau eingehenden Meldung eine Spaltung entstanden. Die Großgrundbesitzer traten für freie Vererbung beim Landkauf ein, die Bauern für Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes zu Gunsten Landloser und für Regulierung der Landfrage durch Landeinkaufskommissionen, die noch nicht eingeführt sind. Eine Verständigung scheint schwierig.

Die Rubrik in Grotzschlicht... Berlin, den 18. April 1906

Berliner Börse, 18. April 1906

Paris, den 17. April 1906... Berlin, den 18. April 1906

Table with multiple columns listing various financial instruments, including bonds and stocks, with their respective values and market status.

Table listing various bank shares and financial institutions, such as Deutsche Bank, Reichsbank, and others, with their current market prices.

Table listing various foreign exchange rates and international market indicators, including gold and silver prices and exchange rates for different currencies.